



**StopEPA-Kampagne**  
**e-Newsletter No. 5**

---

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte,

mit dieser fünften Ausgabe des newsletters der deutschen StopEPA-Kampagne möchten wir Sie/Euch über das weitere Geschehen der Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten über den Abschluss regionaler Freihandelsabkommen informieren.

EPAs (Economic Partnership Agreements), auf Deutsch "Wirtschaftspartnerschaftsabkommen", sind regionale Freihandelsabkommen, die zur Zeit zwischen der EU und den 77 Staaten der AKP-Gruppe (Afrika, Karibik, Pazifik) im Rahmen des Cotonou-Abkommens verhandelt werden. Die StopEPA-Kampagne folgt einer Initiative afrikanischer Zivilgesellschaft, die EPAs in ihrer gegenwärtigen Form ablehnt und sich für wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Alternativen einsetzt.

Gegenwärtig findet im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine **internationale e-mail Aktion** statt, die an die Bundeskanzlerin Angela Merkel gerichtet ist. Unter anderem wird gefordert, dass sich die Bundesregierung für faire und entwicklungsfreundliche Handelsabkommen mit den AKP-Regionen einsetzt. Unterstützen Sie die Forderungen und beteiligen Sie sich an der Aktion, indem sie eine e-mail an Frau Merkel schicken: Alles weitere finden Sie unter [www.epa2007.org](http://www.epa2007.org)

Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an [post@stopepa.de](mailto:post@stopepa.de). Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.

Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika (KOSA)**, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: [post@stopepa.de](mailto:post@stopepa.de)

Wir wünsche Euch/Ihnen spannende Lektüre und würden uns freuen, Sie auf eine der Tagungen begrüßen zu dürfen.

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

----- **Inhalt** -----

1. AKP-Minister rufen EU-Mitgliedsstaaten auf, sich aktiv für Entwicklungsabkommen einzusetzen
2. AKP-Handelsminister und Verhandlungsführer treffen deutsche Entwicklungsministerin
3. Kommt Südafrika in die SADC EPA-Verhandlungsgruppe?
4. Erklärung des Africa Trade Network – Treffen in Ghana
5. Unrealistischer Zeitfahrplan der EU
6. Neues aus der StopEPA-Kampagne
7. Veranstaltungs- und Aktionshinweise

## **1. AKP-Minister rufen EU-Mitgliedsstaaten auf, sich aktiv für Entwicklungsabkommen einzusetzen**

Mehr als 200 TeilnehmerInnen aus AKP-Ländern sowie aus 12 verschiedenen europäischen Staaten, unter ihnen viele RegierungsvertreterInnen, nahmen an der NRO-Konferenz im Oktober vergangenen Jahres in Brüssel auf Einladung der internationalen EPA-Gegenbewegung teil. Dame Billie Miller, Vorsitzende des AKP Ministerrates für Handel sowie andere AKP-Vertreter äußerten sich weiterhin kritisch zum bisherigen Verlauf der Verhandlungen. Ministerin Miller sprach mit Blick auf Ansatz und Vorgehen der EU hinsichtlich regionaler Integration von „unrealistischen Annahmen“. Von vielen TeilnehmerInnen wurde die Ansicht geteilt, dass angesichts der weiterhin bestehenden Unklarheiten in sehr vielen Bereichen ein Abschluss der Verhandlungen Ende 2007 völlig unrealistisch sei und forderten die EU auf, sich in der WTO für eine weitere Ausnahmeregelung (waiver) für die AKP-Länder einzusetzen, damit diese ihre Handelspräferenzen ab 2008 mit der EU nicht verlieren. Minister und Delegierte forderten EU-Parlamentarier und Regierungen dazu auf, der Kommission Einhalt zu gebieten und sich für ein stärker an Entwicklung orientiertes Handelsabkommen einzusetzen.

Die 92-seitige englischsprachige Dokumentation der Tagung ist erhältlich unter [http://www.southcentre.org/Events/2006Oct\\_EPA\\_conference\\_Report.pdf](http://www.southcentre.org/Events/2006Oct_EPA_conference_Report.pdf)

## **2. AKP-Handelsminister und Verhandlungsführer treffen deutsche Entwicklungsministerin**

Ende Oktober hatten die Verhandlungsführer der AKP-Staaten auf Einladung des BMZ Gelegenheit, sich über die Planung der deutschen Bundesregierung während der EU-Ratspräsidentschaft mit Hinblick auf die EPA-Verhandlungen zu informieren und ihre Bedenken darzulegen. Übereinstimmung gab es u.a. bei folgenden Punkten:

- die Bedeutung einer zeitnahen Implementation der Ergebnisse des umfassenden Review-Prozesses
- Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise aufgrund der Ergebnisse des Review durch den EU-AKP-Ministerrat in einem Treffen vor Juni 2007,
- die Notwendigkeit einer differenzierten Strategie Regionaler Integration, die die besonderen Bedingungen der LDCs und anderer verletzbarer Ökonomien berücksichtigt
- Zoll- und Quotenfreier Marktzugang sollte allen AKP-Staaten in EPAs angeboten werden
- Berücksichtigung des AKP-Vorschlags, eine EPA-Anpassungsfazität einzurichten

## **3. Kommt Südafrika in die SADC EPA-Verhandlungsgruppe?**

Im März vergangenen Jahres hatte die EPA-SADC Verhandlungsgruppe (Botswana, Lesotho, Swaziland, Namibia, Angola, Mosambik, Tansania) der EU ein erstes Rahmenkonzept für ein Handelsabkommen vorgelegt. Darin hatte die SADC Gruppe vorgeschlagen, die LDCs in dieser Gruppierung von der reziproken Handelsliberalisierung auszunehmen sowie die Bereiche Investitionen, Dienstleistungen, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerbspolitik sowie weitere neue Themen aus den EPA-Verhandlungen auszuschließen. Gleichzeitig bat SADC darum, Südafrika in die EPA SADC Verhandlungsgruppe aufzunehmen. Die Antwort der Kommission ließ lange auf sich warten: im Dezember letzten Jahres wurde sie bekannt und befindet sich gegenwärtig im Ratifizierungsprozess der EU-Mitgliedsstaaten. Die Antwort der Kommission ist klar und deutlich: Grundsätzlich ist man für diesen Ansatz offen und schlägt vor, des Review Prozess der Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südafrika mit den EPA-Verhandlungen zu verschmelzen, aber

- verbesserter Marktzugang für Südafrika bzw. die SADC-Gruppe in die EU ist nur verhandelbar, wenn auch die von der SADC-Gruppe bereits abgelehnten Themen Dienstleistungen, Investitionen sowie handelserleichternde Maßnahmen verhandelt werden. Diese sollen absolut verpflichtend sein.

- Die EU bietet allen Staaten der EPA-SADC Gruppe Zugang zum europäischen Markt nach Vorbild des südafrikanischen Freihandelsabkommens mit der EU an, lehnt aber weitergehenden besonderen Zollschatz für die BLNS-Staaten „aus Prinzip ab“.

Fazit: Von einer Entwicklungsorientierung, die die Möglichkeiten regionaler Integration unter Berücksichtigung besonderer Interessen einzelner armer Länder kann hier nicht wirklich gesprochen werden

#### 4. Erklärung des Africa Trade Network zu EPAs

ist zu finden unter <http://www.dgroups.org/groups/hivos/StopEPA/docs/ATN-declaration-English.doc>

#### 5. Unrealistischer Zeitfahrplan der EU

Seit Beginn der Verhandlungen mit den sechs verschiedenen Regionen<sup>1</sup> im Oktober 2003 weisen NRO aus Nord und Süd darauf hin, dass der Verhandlungszeitraum zu kurz bemessen sei. Aber nicht nur deswegen, sondern auch wegen ihrer Verhandlungsführung und der fehlenden Entwicklungsorientierung im Verhandlungsmandat hat die EU-Kommission harte Kritik hinnehmen müssen, zuletzt im Oktober auf den Bonner und Brüsseler Konferenzen der internationalen StopEPA-Koalition. EU-Handelskommissar Peter Mandelson räumt inzwischen ein: „Our deadline to negotiate EPAs is January 2008 ..... We can be flexible – after all development is our goal, not deadlines“<sup>2</sup>. Neue Töne, aber vermutlich wird man sie als weitere Variante der EU-Rhetorik einordnen müssen, die immer behauptet hat, dass Freihandelsabkommen in Form von EPAs das beste Instrument zur Entwicklungsförderung sind – trotz Studien, die belegen, dass EPAs Armut eher verschärfen als beseitigen.

Gleichzeitig gibt es angeblich Pläne der EU-Kommission, die EPA-Verhandlungen bereits im Mai 2007 anlässlich des gemeinsamen AKP-Ministerrats als Abkommen zu beschließen – die Feinarbeit solle dann bis Dezember 2007 erfolgen. D.h. die Kommission hält unverändert an einem zu ehrgeizigen Zeitplan für den Abschluß von EPAs fest, obwohl offensichtlich ist, dass die Ergebnisse des Überprüfungsprozesses (review) aus den einzelnen Regionen nicht vor Februar vorliegen werden. Wenn die Ergebnisse des Überprüfungsprozesses, insbesondere mit Blick auf die darin aufgeworfenen weiterhin strittigen Punkte bzgl. der Ausgestaltung künftiger Handelsabkommen und der expliziten Verbindung zu EZ-Instrumenten der EU nicht zu einer absoluten Farce werden sollen ist es unrealistisch, von einem Abschluss der EPAs anlässlich des gemeinsamen EU-AKP Ministerrats im Mai 2007 auszugehen. Dies würde implizieren, dass das Joint Ministerial Trade Committee am 1. März 2007 bereits einen konsolidierten EU-AKP Abschlußbericht des Überprüfungsprozesses annehmen müsste. Es würde weder für die Mitgliedsstaaten noch für das Europäische Parlament und die Zivilgesellschaft ausreichend Zeit verbleiben, um eine sinnvolle Diskussion über die sechs gemeinsamen regionalen Überprüfungsberichte führen zu können. Zudem würde ein konsolidierter EU-AKP Abschlußbericht wahrscheinlich nur von der Kommission, bestenfalls unter Information der relevanten Ratsarbeitsgruppen vorbereitet werden. Wie auch bisher, würden parlamentarische und zivilgesellschaftliche Bedenken im EPA-Verhandlungsprozess marginalisiert bleiben.

#### 6. Neues aus der StopEPA-Kampagne

Im vergangenen Jahr wurde die Kritik an EPAs und einer reziproken Liberalisierung in intensiven Gesprächen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages in die parlamentarische Arbeit hineingetragen. Durch weitere Lobbygespräche u.a. mit FachreferentInnen aus den EPA-befassten Ministerien und Ausschüssen haben EPAs in der politischen Diskussion inzwischen einen gewissen

<sup>1</sup> CARIFORUM (Caribbean Forum of ACP States), Pacific Region, ECOWAS (Economic Community of West African States), CEMAC (Zentral Afrika), SADC (Southern African Regional Development Community), ESA (Eastern and Southern Africa)

<sup>2</sup> [http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/mandelson/speeches\\_articles/sppm121\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_barroso/mandelson/speeches_articles/sppm121_en.htm)

Bekanntheitsgrad erreicht. Die Bundestagsfraktionen Die Linke und Die Grünen brachten eigene Anträge zum Thema ein. Ende November befasste sich zudem der Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen einer Expertenanhörung mit EPAs.

Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird die StopEPA-Kampagne zusammen mit einer breiten Koalition europäischer Organisationen und der AKP-Zivilgesellschaft politischen Druck auf die Bundesregierung ausüben, um eine entwicklungsorientierte und nachhaltige Ausrichtung zukünftiger Handelsabkommen einzufordern, die nicht der neoliberalen Freihandelslogik folgen. Mehr Informationen zu den geplanten Aktionen in Kürze unter [www.epa2007.de](http://www.epa2007.de) und [www.stopepa.de](http://www.stopepa.de)

Postkarten-Aktion an die Bundeskanzlerin Angela Merkel: Bereits im September begann eine Postkartenaktion des Trade Justice Movement aus Großbritannien, die sich mit der Forderung an Frau Merkel richtet, sich für gerechte Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten einzusetzen. Gemeinsame Anstrengungen seien notwendig um zu verhindern, dass EPAs in ihrer gegenwärtigen Form umgesetzt werden.

## 7. Veranstaltungen - Aktionshinweise

Ab sofort: **Internationale e-mail Aktion an Kanzlerin Angela Merkel**, Beteiligung möglich unter [www.epa2007.org](http://www.epa2007.org), dann bei „Take action“

27.02. 2007 **„David gegen Goliath? Die entwicklungspolitische Kohärenz zukünftiger Freihandelsabkommen zwischen Afrika und der EU“**. Details unter [www.afrikas-perspektive.de](http://www.afrikas-perspektive.de)

9.März 2007 taz-Beilage zu den EPA-Verhandlungen

12.03.2007 Internationale NRO Konferenz: **„Afrikas Perspektive – Europas Politik“** Details unter [www.afrikas-perspektive.de](http://www.afrikas-perspektive.de)

19.04.2007 **Internationaler Aktionstag** vor den deutschen Botschaften, in Deutschland vor dem Kanzleramt in Berlin. Nähere Informationen in Kürze unter [www.epa2007.de](http://www.epa2007.de), oder unter [www.epa2007.org](http://www.epa2007.org).

06.-10.06.2007 Ev. Kirchentag in Köln

23.-27.06.2007 13. Sitzung der gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung EU-AKP in Wiesbaden